

Die CDU und die FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Die gibt es nicht. Die Mehrheit hat entschieden. Der **Einzelplan 14** ist in **zweiter Lesung angenommen** worden.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 10
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Ich darf hinweisen auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/11910 sowie die Änderungsanträge der Fraktion der SPD Drucksachen 17/11936 bis 17/11939. Wir gliedern die Debatte in die Teile a) und b). Zunächst diskutieren wir den Bereich

a) Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Stinka hat für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Sozialdemokrat*innen wollen für Nordrhein-Westfalen eine Umweltpolitik, die die planetaren Grenzen anerkennt, die gerecht ist, die die Umweltpolitik nicht als ein Elitenprojekt ansieht, die innovationsoffen ist und die konkret kommunal vor Ort ansetzt.

Deshalb braucht es Maßnahmen zur Förderung der grünen Infrastruktur. Wir Sozialdemokrat*innen sind der Auffassung, dass der Erhalt und die Verbesserung der Ökosysteme und ihrer Leistungen für die Entwicklung des Landes unverzichtbar sind.

Die Umweltministerin Ursula Heinen-Esser freut sich zwar heute per Pressemitteilung über das Konjunkturpaket „Grüne Infrastruktur“ und begrüßt das große Interesse – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Ich bin absolut überwältigt und dankbar für die Resonanz auf den Aufruf. Das zeigt, wie groß der Bedarf zur Entwicklung grüner Infrastruktur für die Konjunktur und die Gesellschaft unseres Landes ist, ...“

Die SPD-Fraktion fragt sich – ich frage mich –, wo die Mittel bleiben, die über die 60 Projekte in Nordrhein-Westfalen hinaus gehen, wenn dem so ist. Wir haben hier im Land rund 400 Städte und Gemeinden. Ich kann mich noch gut an unseren Antrag aus dem Jahr 2017 erinnern, der damals belächelt wurde, mit dem wir die Hitzeinseln thematisiert haben. Sie haben damals gesagt, das sei so nicht nötig, und wir würden in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen. Wir haben damals mit einer kontinuierlichen Politik den

richtigen Ansatz gesetzt, sodass wir heute zumindest 60 Projekte im Land haben.

Auf der anderen Seite – wir haben es gerade angesprochen – bedarf es einer Unterstützung des Kleingartenwesens. Es ist deutlicher Bestandteil – das erleben wir auch in der Coronakrise – des sozialen Zusammenhalts und der nachhaltigen Entwicklung. Deswegen haben wir auch hier eine Erhöhung der Ansätze gefordert, weil sowohl die Biodiversität als auch der gesellschaftliche Zusammenhalt in Kleingartenverbänden deutlich herausgehoben werden wird.

Die Biologischen Stationen im Land Nordrhein-Westfalen unterstützen mit ihrer fachlichen Arbeit den Erhalt der Biodiversität. Hier ist nach unserer Einschätzung bei fortschreitendem Artensterben eine deutliche Unterstützung notwendig. Wenn wir auf der einen Seite die Landwirtschaftskammern für die Erhaltung der Biodiversität unterstützen, haben auch die Biologischen Stationen nach unserer Einschätzung diese Unterstützung verdient.

Die vergangenen und die noch vor uns liegenden Hitzeperioden fordern einen besonderen Beitrag, damit für die Bürgerinnen und Bürger die Auswirkungen der Hitzebelastung reduziert werden können. Wir Sozialdemokrat*innen wollen hier konkret ansetzen, um Lebensqualität für alle Menschen in unserem Land zu sichern und zu verbessern und somit für Umweltgerechtigkeit zu sorgen. Die schwarz-gelbe Landesregierung lässt hier einen roten Faden nicht erkennen. Sie agieren nur, statt zu planen und zu organisieren. Sie zeigen zwar Probleme auf und sind immer verständnisvoll, doch sie bleiben uns und den Bürgerinnen und Bürgern Antworten schuldig. Zukunftsweisende Entscheidungen finden wir nicht.

Ich mache dies gerade an der Novelle des Landeswassergesetzes fest. Sie haben damit unter Beweis gestellt, dass Sie ohne Not ihre eigenen Ziele im Nachhaltigkeitsbericht nicht einhalten und sich gegen alle Fachverbände der Wasserwirtschaft aufstellen.

Ein anderer Bereich, den wir zur Biodiversität zählen, wird in Ihren Reden zwar immer stark mit Worten unterlegt. Wenn wir uns aber an den großen Insektenkongress 2019 erinnern, dann stellen wir fest, dass er sich im Haushalt und auch in der aktuellen Gesetzgebung zur Novellierung des Landeswassergesetzes wenig niederschlägt. Wir reden über die Reduzierung der Gewässerrandstreifen und die Flächenproblematik. Wir hatten gerade den Wirtschaftsminister hier. Auf der Landesebene ist das nach wie vor nicht in Arbeit. Deswegen unsere deutliche Kritik, dass hier zwischen Reden und Handeln der Landesregierung Welten liegen. Wir erinnern uns noch an den Aufruf von Dr. von Hirschhausen auf Ihrer großartigen Veranstaltung, wie wichtig hier eine Tätigkeit sei.

Das Krisenmanagement der Landesregierung zieht sich wie ein roter Faden durch den heutigen Tag. Wir erinnern noch einmal an die Maßnahmen rund um den Schweinestau. Sie kündigen an, dass den Landwirtinnen und Landwirten geholfen wird. Wir haben – auch in Sondersitzungen – immer wieder nachgefragt, welche Maßnahmen Sie denn konkret ergreifen, um hier zu helfen. Sie haben unter anderem das Branchengespräch Fleisch angesprochen. Wenn ich im „Westfalenblatt“ von gestern lese, dass der WLW jetzt selbst mit der Ernährungswirtschaft spricht, frage ich mich, wo Sie die Dialoge organisieren, die Sie hier immer wieder anführen.

Kurz und gut: Für uns Sozialdemokraten entspricht dieser Haushalt nicht den Anforderungen der Biodiversität und der Umwelt. Die Regierung lässt uns hier im Nebel stehen, ohne klar zu sagen, welche Punkte sie ansprechen will. Deswegen werden wir dem Einzelplan 10 in dieser Fassung nicht zustimmen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stinka. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Abgeordnete Kollegin Winkelmann das Wort.

Bianca Winkelmann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns beim Einzelplan 10 und damit beim Haushalt des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz. Den drei erstgenannten sehr wichtigen Handlungsfeldern wollen wir uns nun widmen.

Diese zukunftsweisenden Bereiche sind im wahrsten Sinn des Wortes überlebenswichtig für unseren Alltag. Es geht um ein Mehr an Umweltschutz, ein Mehr an Tierwohl und Tierschutz, um ein Mehr für unsere Wälder und für den Naturschutz, ein Mehr für die Biodiversität in unserem Land und ein Mehr für den großen Bereich der Nachhaltigkeit und der Anpassung an den Klimawandel. Lassen Sie mich dieses große Aufgabenspektrum anhand verschiedener Bereiche deutlich machen.

Die Landwirtschaft von Morgen lebt den Umweltschutz zum Beispiel in Form von Trinkwasserkoooperationen. Dieses Erfolgsmodell wollen wir auf andere Bereiche außerhalb von Wasserschutzgebieten übertragen. Um dies finanziell zu untermauern, haben wir bereits einen Antrag formuliert. Nun geht es an die Umsetzung.

Es geht um ein Mehr an Tierwohl. Die Nutztierhaltungsstrategie wird auf Haus Düsse mit dem Stall der Zukunft gelebt. Er wird für die gesamte Tierhaltung in Deutschland Signalwirkung haben. In diesem Haushalt sichern wir Naturschutz und Biodiversität. Der

Landwirtschaftskammer in Nordrhein-Westfalen werden weitere 8 Millionen Euro zum Beispiel für ein Wirkungsmonitoring zum Düngerecht, für die Ausweitung der Biodiversitätsberatung und die Ausweitung der wolfsbedingten Herdenschutzberatung zur Verfügung gestellt. Das ist gelebte Kooperation zum Wohle der Umwelt und zum Wohle der Natur.

Zu einem weiteren wichtigen Punkt. Der vom Land geförderte Vertragsnaturschutz leistet einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt. Die Naturschutzarbeit vor Ort wird dabei von den Biologischen Stationen unterstützt, von denen Nordrhein-Westfalen über ein einzigartiges Netz verfügt. Im Haushalt stehen dafür Mittel bereit.

Die Landwirtschaft stellt sich regional, aber auch für den Welthandel breit auf. Wir fördern in Nordrhein-Westfalen den Ökolandbau genauso wie die konventionelle Landwirtschaft.

Auch der Vollzug des neuen Gifttiergesetzes bindet Mittel. Die Bevölkerung hat sich aber dieses Plus an Sicherheit gewünscht, und dem sind wir nachgekommen.

Ein weiteres Mehr an Tierschutz sichert die neue Stelle der Tierschutzbeauftragten. Diese wird sich für die Belange des Tierschutzes einsetzen.

Weiter geht es mit mehr Nachhaltigkeit, zum Beispiel mit den Investitionen in die Landesgartenschauen, die einerseits ein Besuchermagnet sind, aber ebenso nachhaltig das Bild der Kommunen verbessern. Gut zu sehen ist das in diesem Jahr in Kamp-Lintfort. Wir freuen uns auch schon auf das Jahr 2023, wenn die Landesgartenschau in Höxter stattfinden wird.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Außerdem investieren wir in die Bildung für nachhaltige Entwicklung über ein landesweites Netzwerk. Den Übergang hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft und Volkswirtschaft müssen wir alle gemeinsam konsequent vorantreiben. Hierzu leisten die BNE-Regionalzentren einen wertvollen Beitrag. Deren Anzahl ist in der laufenden Förderperiode von 23 auf 25 Einrichtungen angestiegen.

Wir sichern die Zukunft der Wälder. Jeder hat es mitbekommen. Gerade wurde der neue Waldzustandsbericht vom Ministerium bekanntgegeben. Die Wälder sind vom Klimawandel gekennzeichnet. Wir stemmen uns dagegen mit einem Wiederaufforstungsprogramm. Wie sehr dieses benötigt wird, ist am vollständigen Mittelabruf für das laufende Jahr zu erkennen. Dieses Jahr standen 57 Millionen Euro zur Verfügung. Im Rahmen der Wiederbewaldungsstrategie mit klimaresistenten und heimischen Arten fließen über 10 Jahre lang mehr als 100 Millionen Euro. Unser Wald ist Klimaschützer und lebendiges Ökosystem. Das muss so bleiben und verdient unsere

volle Unterstützung. Der Haushaltsentwurf lebt diese Verantwortung.

Wir begrüßen uneingeschränkt die Anstrengungen des Ministeriums zur Förderung der grünen Infrastruktur. Die Ballungsräume leiden unter der Hitze im Sommer, und immer häufiger kommt es zu Starkregenereignissen. Konzepte für eine an die Folgen des Klimawandels angepasste Stadtentwicklung sind unerlässlich.

Ein weiterer Punkt: Für 2021 sind unter anderem 15 Millionen Euro EFRE-Mittel und 10 Millionen Euro Landesmittel für Fördermaßnahmen in diesem Bereich eingeplant.

Ganz zum Schluss möchte ich noch auf einen aktuell ganz wichtigen Aspekt in diesem Haushalt zu sprechen kommen. Das Ministerium bereitet sich ebenfalls auf den Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest vor und hält deshalb Mittel für die Wildseuchenvorsorgegesellschaft bereit. Die Übernahme der Trichinenschau bindet genauso sinnvoll investierte Gelder. Für sämtliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest, wie zum Beispiel Beihilfen, Überwachungsprogramme, Tierseuchenmanagement, Früherkennungssysteme, sind für 2021 insgesamt 4,3 Millionen veranschlagt. Für die Erstattung der Trichinenuntersuchungsgebühren sind 600.000 Euro veranschlagt. Nordrhein-Westfalen ist in diesem Bereich gut aufgestellt.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die eingangs erwähnten lebens-, ja überlebenswichtigen Bereiche des Ministeriums sind breit gefächert und verdienen in allen Bereichen unsere Unterstützung. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zum Einzelplan 10 des diesjährigen Haushaltsplans. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und Markus Diekhoff [FDP])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Winkelmann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Rüße das Wort. – Bitte sehr, Herr Kollege.

Norwich Rüße³⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im November kann man ja mal wieder einen Blick zurück auf das Jahr 2020 werfen. Ich denke, wir haben wieder – und das ist mit Blick auf diesen Einzelplan nicht unwichtig – feststellen dürfen, dass der Klimawandel auch in diesem Jahr spürbar war. Er hat insbesondere dem Wald und der Landwirtschaft wieder erheblich zugesetzt.

Über die Landwirtschaft ist in diesem Jahr nicht so viel wie in den vergangenen beiden Jahren geredet worden. In etlichen Gesprächen habe ich jedoch von den Milchviehhaltern gehört, dass sie wieder einmal nicht in der Lage waren, ausreichend Grundfutter zu

ernten. Wenn man das in Verbindung mit dem weiterhin niedrigen Milchpreis in Verbindung setzt, weiß man, dass es wieder etliche Betriebe geben wird, die Probleme haben werden, einen positiven Jahresabschluss zu erzielen, weil das Grundfutter wieder teurer geworden ist. Es wird wieder dazu kommen, dass Bauern sagen: Dann höre ich auf.

Wir erleben auch viele Waldbesitzer, die fassungslos vor ihrem Wald stehen, entweder weil sie wirklich davon leben, weil es ihr täglich Brot ist, oder weil es – das gibt es auch sehr oft – ihre Sparkasse oder die Altersversorgung der älteren Generation ist, und feststellen müssen, wie ihr Vermögen im Zuge von Klimawandel und Borkenkäferplage zusammenbricht.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Wir wissen nicht, wie im kommenden Jahr das Wetter wird,

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das wissen wir auch nicht!)

aber wir wissen, dass wir in den nächsten Jahren weiterhin mit solchen extremen Wetterlagen rechnen und uns darauf vorbereiten müssen.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das hat es in Europa immer schon gegeben!)

Frau Winkelmann hat es angesprochen. Die Afrikanische Schweinepest ist das nächste große Problem. Wir erleben gerade jetzt vor dem Hintergrund von zu vielen Schweinen, die auf den Markt drücken, dass der Preis heruntergegangen ist. Wir sehen noch einmal mehr, wie schwierig es ist, wenn sich eine Branche von Exportmärkten abhängig macht. Auch bei den Schweinehaltern sehen wir, dass da die Nerven mittlerweile blankliegen.

Der Preis lag im Januar noch bei knapp 2 Euro je kg, jetzt liegt er bei 1,19 Euro je kg. Dafür kann niemand wirtschaftlich Schweine erzeugen. Auch da müssen wir mehr tun, um einen solchen Strukturbruch nicht stattfinden zu lassen.

Auch bei der Natur- und Artenvielfalt gab es im Jahr 2020 wieder alarmierende Nachrichten und neue wissenschaftliche Befunde, dass der Schwund an Arten weitergeht und wir dringend in dem Bereich mehr tun müssen. Deshalb sage ich deutlich: Das Jahr 2020 ist von Corona geprägt, es ist aber auch von erheblichen umweltpolitischen Herausforderungen, die bestehen bleiben, geprägt. Diese fordern das Umweltministerium deutlich heraus. Wir müssen dort erheblich mehr tun.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Ich kann dem Einzelplan 10 nicht entnehmen, dass er diesen Herausforderungen gerecht wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Ministerin, ich hatte erwartet, dass, wenn die Herausforderungen so groß sind, wie sie sind, der Einzelplan 10 deutlich aufgestockt wird. Ich erinnere gerne daran: Unter Bärbel Höhn – das ist schon ein bisschen her, es war 2002 – hatte der Haushalt Ihres Hauses 973 Millionen Euro zur Verfügung. Das waren damals knapp über 2 % des gesamten Etats von Nordrhein-Westfalen. Heute liegen wir bei 1,16 Milliarden Euro, aber der Anteil am Haushalt, weil der Gesamthaushalt auf 85 Milliarden Euro angestiegen ist, liegt nur noch bei 1,38 %. Da wundert es mich nicht, dass wir nicht in der Lage sind, die wirklich wichtigen Impulse zu setzen. Es reicht vorne und hinten nicht.

Die Ungleichverteilung, die Sie vornehmen, überrascht mich schon. Sie fördern jetzt zum vierten Mal in Folge im erheblichen Umfang die Landwirtschaftskammer NRW. Sie bzw. auch Ihre Vorgängerin haben dort in diesen wenigen Jahren den Etat um satte 27 Millionen Euro aufgestockt, das heißt, die Mittel um 25 % erhöht. Das kann man vielleicht alles begründen, das will ich gar nicht in Zweifel ziehen. Das beinhaltet auch etliche sinnvolle Projekte.

Wenn ich das dann mit dem Naturschutzbereich vergleiche und sehe, in welchem finanziellen Rahmen sich die Biologischen Stationen bewegen müssen, und wenn man weiß, wie schwierig es ist, wie viel Ehrenamt es bedarf, weil man es mit Hauptamtlichen überhaupt nicht abdecken kann, dann bin ich an der Stelle sehr enttäuscht, dass Sie so unterschiedliche Maßstäbe zwischen der Landwirtschaft auf der einen und Naturschutz auf der anderen Seite setzen. Ich habe schon den Eindruck, dass bei Ihnen und bei der Landesregierung gilt: Landwirtschaft first, Naturschutz second.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Oh, oh, oh! Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

Ich will Ihnen eines deutlich sagen. Ich habe mit der Landwirtschaft begonnen und würde erwarten, dass wir endlich zu einem Pakt für eine naturverträgliche und tiergerechte Landwirtschaft, über den wir oft reden, kommen. Das ist das, was wir miteinander in irgendeiner Art und Weise hinbekommen müssen, damit wir endlich den Bäuerinnen und Bauern eine Perspektive aufzeigen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Wenn wir das nicht erreichen, wird der Strukturwandel immer weiter gehen, wir werden es aber nicht schaffen. Wir können nicht erkennen, dass Sie da etwas in Bewegung setzen.

Umweltpolitik – ich habe es gesagt – ist in dieser Landesregierung ein „Nice to have“.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Norwich Rüße* (GRÜNE): Das ist angesichts der drängenden Herausforderungen viel zu wenig. Wir lehnen daher diesen Einzelplan ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rüße. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Diekhoff das Wort.

Markus Diekhoff (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden heute über den Einzelplan 10, den anstehenden Haushalt des Umweltbereichs. Ich finde es schon spannend, was hier so diskutiert wird. Das war bei der letzten Diskussion schon beeindruckend. Wir hörten von der eigenen Traumabewältigung des Kollegen Rüße von den Grünen, der es offensichtlich nicht verwunden hat, dass sie in ihrer eigenen Regierungszeit nicht in der Lage waren, den Umweltbereich entsprechend aufzustocken, und der nun versucht, dieses Trauma auf uns abzuschieben.

(Beifall von der FDP – Frank Sundermann [SPD]: Ich weiß nicht, ob man ein Trauma abschieben kann!)

– Ich weiß auch nicht, ob man es abschieben kann. Man sollte es nicht tun. Es stimmt ja auch nicht.

(Frank Sundermann [SPD]: Das war jetzt eigentlich eher eine medizinische Frage!)

Sie dürfen nicht vergessen, dass wir im Umweltbereich Aufgaben wie den Klimaschutz verloren haben. Das führt natürlich zu einer Reduzierung des Budgets. Daher ist diese Rechnung, die Sie aufgemacht haben, einfach schief.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Es stimmt nicht, dass gerade die Biologischen Stationen besonders leiden. Aufgrund des großen Einsatzes der Ministerin und dank der Unterstützung der NRW-Koalition haben wir gerade bei den Biologischen Stationen keinen Sparkurs gefahren, sondern haben sie deutlich ausgestattet, und sie stehen gut da. Deswegen ist dieser Vorwurf in sich falsch.

Obwohl wir hier über den Haushalt reden, nutzen Sie die Chance, um den Schweinebauern – ich sage es vorsichtig – zu nahe zu treten. Es geht hier nicht um die Abhängigkeit von Exportmärkten, sondern es geht auch hier um ein Seuchengeschehen. Die ASP ist die Ursache dieses Problems und führt dazu, dass ein gigantischer Absatzmarkt wegbricht. Das ist aber nicht die Schuld des einzelnen Landwirtes, sondern ein Naturereignis. Er kann nichts dafür, und das Ministerium und wir als NRW-Koalition tun natürlich alles dafür, den Schaden für die Landwirte soweit es geht abzufedern.

Nichtsdestotrotz dürfen wir nicht vergessen, dass das, was gerade im Schweineexportbereich geschieht, nichts anderes ist als das, was in ökologisch orientierten Kreisen gerade geschieht, wenn über die Ganztierverswertung gesprochen wird. Dort versucht man zu etablieren, dass alle Teile der Tiere, die geschlachtet werden, verwertet werden und nicht nur die, die sich in Deutschland in den letzten Jahren durchgesetzt haben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Eisbein ist auch lecker!)

Im Prinzip ist der Exportmarkt China nichts anderes. Dort wird versucht, das gesamte Tier zu verwerten. Es gibt dort einen anderen Absatzmarkt für Tierteile, die man hier nicht mehr essen möchte.

Sie haben richtigerweise gesagt, und wir haben alle gemeinsam festgestellt: Der Umweltbereich ist seit den letzten Jahren besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Wir hatten die Stichworte „Trockenschäden im Wald“, „Naturschutz“, „Tierwohl“, „Afrikanische Schweinepest“, die „Düngeverordnung“, die umgesetzt werden musste. All das ist geschehen.

Der Einzelplan 10 gibt dem Ministerium die Mittel, die es für die Bewältigung der Herausforderungen braucht. Wir setzen die erfolgreiche Naturschutzpolitik auch im Jahr 2021 fort. Dabei setzen wir ein paar neue Akzente. Es ist sehr zu begrüßen, dass wir das tun können; denn der Naturschutzhaushalt ist auch in Coronazeiten kein Sparhaushalt geworden, weil uns das Thema wichtig ist. Da wir von den Herausforderungen wissen, wollen wir ihnen entsprechend begegnen. Die Mittel dafür stehen zur Verfügung.

Im Jahre 2021 kümmern wir uns um die Weiterentwicklung der Nutztierhaltung. Auch das ist im Haushalt mit Mitteln unterlegt. Wir werden den Spatenstich zum „Stall der Zukunft“ erleben. Wir bauen am Innovationscluster Stallbau. Es wird ein Pilotprojekt zur Tiergesundheitsdatenbank gestartet. Auch das wird finanziert. Und natürlich ist erstmals das Jahresgehalt für die jetzt vorgestellte Tierschutzbeauftragte ausgewiesen, die ab dem 01.12. dieses Jahres im Amt ist. Das hat die Vorgängerregierung nie geschafft. Wir haben es gemacht.

(Beifall von der FDP)

Auch im Bereich Luftreinhaltung haben wir in der Vergangenheit große Erfolge gefeiert. Dem besonderen Einsatz unserer Ministerin, Frau Heinen-Esser, ist es zu verdanken, dass es in Nordrhein-Westfalen bislang keine Fahrverbote gegeben hat, obwohl ja damals alle gesagt haben: Oh Gott, oh Gott, es wird flächendeckend Fahrverbote in Nordrhein-Westfalen geben usw. usf. – Pustekuchen! Das hat die Ministerin abgewendet, quasi im Alleingang mit einer guten Verhandlungstaktik. Auch die Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang zum Schutz der Gesundheit und vor allem zum Schutz der individuellen Mobilität,

so wie wir sie gerne möchten, vereinbart wurden, sind in diesen Einzelplan aufgenommen worden.

Vor allem haben wir den Bereich Naturschutz komplett von der globalen Minderausgabe befreit. Das ist keine Selbstverständlichkeit in solchen Zeiten, und das macht noch einmal deutlich, wie wichtig uns als NRW-Koalition die Kontinuität des Naturschutzes ist.

Gleichzeitig werden 20 Millionen Euro mehr für Natur- und Insektenschutz ausgegeben. Wir finanzieren EU-Projekte mit zusätzlich 50 Millionen Euro, um mehr für Artenschutz und für Insektenschutz zu tun. Das ist in diesen Zeiten wirklich herausragend.

Wir freuen uns sehr, dass wir mit diesen Mitteln die Herausforderungen, die vor uns liegen, im nächsten Jahr angehen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Diekhoff. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Dr. Blex das Wort.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Diekhoff konnte einem eben fast leidtun, als man gehört hat, wie er als Angehöriger der FDP diesen Haushalt als liberal verteidigen musste.

Die Coronakrise ist das Brennglas für die verfehlte Agrarpolitik, die auch hier gemacht wird. Nachdem Sie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirte durch ökoideologische nationale Alleingänge massiv geschädigt haben, möchten Sie jetzt in der Coronakrise die von Ihnen propagierte große Transformation in der Landwirtschaft durchführen. Sie alle machen eine Agrarpolitik – auch die FDP hier – gegen den Willen der Landwirte. So verkündete die Biofleischministerin, Frau Heinen-Esser,

(Josef Hovenjürgen [CDU] lacht.)

als ideologisches Planziel, 20 % Ökolandbau in Nordrhein-Westfalen bis 2030. Ja, da lachen Sie. Frau Heinen-Esser hat als Ministerin auch das Geld dafür, sich das zu leisten. Der Ökolandbau in Nordrhein-Westfalen müsste dafür in neun Jahren mal eben mehr als verdreifacht werden. Offensichtlich steht die Ministerin in einem ökoideologischen Überbietungswettbewerb mit dem FDP-Wirtschaftsminister, der ab 2035 vollständig aus der Kohle aussteigen möchte.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

20 % Ökolandbau in nur neun Jahren – das funktioniert natürlich nur durch ein Wunder oder aber – vollkommen liberal – durch Zwang. Da es keine Wunder in der Politik gibt, wird das planwirtschaftliche Ausbauziel von 20 % Ökolandbau mit Geld erzwungen.

Ich verstehe, Herr Diekhoff, dass Sie da natürlich Probleme haben, das hier zu verteidigen. Geld bekommt nur noch der deutsche Landwirt, der nach der giftgrünen Pfeife tanzt.

(Josef Hovenjürgen [CDU] lacht.)

Deutsche Landwirte, die sich nicht in die Abhängigkeit von Subventionen begeben wollen und ehrliche Preise für ihre Erzeugnisse haben wollen, werden nicht bestehen können gegen die subventionierten Ökobetriebe und gegen die konventionellen Betriebe in den EU-Nettoempfängerländern, wie beispielsweise Spanien.

Der Ökoumstieg ist jedoch keine sichere Bank. Im Gegenteil: Die Landwirte, die umsteigen, begeben sich in einen harten Konkurrenzkampf. Molkereien können nur so viel Ökomilch annehmen, wie sie vermarkten können, und das ist in Deutschland nicht viel. Inzwischen haben sie einen Aufnahmestopp oder Wartelisten. Da den Ökomilchbauern nichts anderes übrigbleibt, wird Biomilch dann zum Preis von konventioneller Milch verkauft. So findet sich sehr teuer produzierte Biomilch in konventioneller Verpackung im Supermarkt.

20 % Ökolandbau in nur neun Jahren! Landwirte müssten den Altparteipolitiker ihres früheren Vertrauens einmal fragen, woher denn die zusätzliche Ackerfläche für den Ökolandbau kommen soll. Ökolandbau, das bedeutet Ertragseinbußen, und zwar von bis zu 40 % durch die – in Anführungszeichen – weniger intensive, wie man das so schön nennt, Nutzung der Ackerfläche. Woher soll denn die zusätzliche Fläche kommen? Die Fläche in unserer noch schönen Heimat lässt sich nicht vermehren. Die Konsequenz ist eine massive Absenkung der Nahrungsmittelproduktion, eine sinkende Selbstversorgerquote und eine wachsende Abhängigkeit von ausländischen Produkten.

Aus diesem Grund regt sich auch Widerstand in der Bauernschaft. Sie wissen sehr wohl, was auf sie zukommt. Deshalb kam Ihnen Corona auch so gelegen. Die Bauernproteste kamen nämlich damit auf Ihre Anordnung hin zum Erliegen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Genau!)

Die Düngeverordnung wurde im Bundesrat durchgedrückt, praxisfern, grob fahrlässig und fachlich falsch. Nur, weil die EU das Stöckchen hinhält und mit Vertragsstrafen droht, springen Sie sehr schön, ja, da springen Sie dann. Auch die FDP ist hier brav gesprungen. Brav haben Sie das gemacht.

(Stephan Haupt [FDP]: Da überschätzen Sie uns aber!)

Wir begrüßen das EU-Haushaltsveto der Polen und der Ungarn; denn deren Politiker wehren sich gegen die Übergriffe aus Brüssel gegen die nationalstaatliche Souveränität.

Mit der Düngeverordnung werden alle Kulturen mit einem hohen Nährstoffbedarf von unseren Feldern verschwinden. Kartoffeln, Getreide und Mais werden nicht mehr angebaut, es sei denn, nach ökoideologischen Standards. Für diese wird dann gerne eine Ausnahme gemacht. Deshalb auch der Green Deal von Frau von der Leyen. In der Resolution wird einfach mal behauptet, dass die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion die Hauptursache für den Verlust an biologischer Vielfalt seien.

So ergibt alles einen Sinn. Ihre Coronakrise ist für Sie ein nützliches Vehikel, um die Landwirte noch mehr in die Abhängigkeit zu treiben. Deswegen fördert die Laschet-Regierung die Raubwirtschaft des Ökolandbaus auf Kosten der Landwirte. Es gibt immer mehr vermeintliche Agrarumweltmaßnahmen, und das – das haben Sie eben gesagt, Herr Diekhoff – von einer liberalen CDU-Regierung.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Von einer liberalen CDU-Regierung!)

Das hätte man früher nicht geglaubt. Das hätte man früher nicht geglaubt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ich hätte früher auch nicht geglaubt, dass so was wie Sie ins Parlament kommt! – Weiterer Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Denn dieser Haushalt bestätigt den politischen Kurs der Landesregierung, und der hat mit liberal gar nichts mehr am Hut.

Alle müssen sparen, nur diese Landesregierung nicht. Sie gibt munter weiter Geld aus, und Frau Heinen-Esser macht mit ihrem Haushalt nun wirklich keine gute Figur. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Herr Abgeordneter Dr. Blex für die Fraktion der AfD. – Nun hat für die Landesregierung Frau Ministerin Heinen-Esser das Wort.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Jetzt holt sie uns mal wieder auf den Boden der Tatsachen zurück!)

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur eins an Sie, Herr Kollege Blex,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

bevor ich auf den Haushalt zu sprechen komme und genauer erläutere, wo unsere Schwerpunkte sind.

Sie bejubeln hier tatsächlich das Veto von anderen EU-Mitgliedstaaten. Wissen Sie, was Sie damit erreichen? – Dass hinterher unsere Landwirte überhaupt kein Geld bekommen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie sind derjenige, der hier im Landtag in NRW steht und bejubelt, dass die EU darüber verhandelt, nicht in die Gänge kommt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie bejubeln das. Wenn wir hinterher Verzögerungen bei den Zahlungen haben, dann werde ich landauf, landab sagen, die AfD bejubelt, dass Sie, liebe Landwirte, kein Geld bekommen,

(Beifall von der CDU und der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist das!)

und zwar egal, ob das für öko oder für konventionell ist. Das war Ihre Aussage hier.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das ist nicht in Ordnung und ein Schlag ins Gesicht der Landwirte. Ich glaube, Ihre Rede heute hat allen Landwirten im Land gezeigt, was sie von Ihnen zu halten haben, nämlich Nullkommanull, gar nichts, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der SPD)

Jetzt mal zu ein paar Themen, zu unseren Schwerpunkten. Ein Thema ist das Thema „Tierhaltung, Tierwohl“. Das ist ein zentrales Thema. Herr Stinka hat noch einmal den Schweinebereich angesprochen. Wir brauchen dringend die Umsetzung der Nutztierhaltungsstrategie, und zwar einerseits der Nutztierhaltungsstrategie, die wir in Nordrhein-Westfalen aufgebaut haben, und andererseits der, die aus dem Bund kommt. Das verzahnt sich miteinander.

Wir geben Geld für die zwei Ställe in Haus Düsse, anhand derer wir zeigen wollen, wie Landwirtschaft funktionieren kann, und zwar tierwohlgerecht und auch noch so, dass es genehmigungsfähig und wirtschaftlich möglich für die Landwirte ist. Das ist ein Riesenschritt.

Was haben wir sonst gemacht? Zum 1. Dezember – Kollegin Winkelmann hat es schon gesagt – wird die Tierschutzbeauftragte bei uns anfangen. Sie wird sich ja nächste Woche auch im Ausschuss vorstellen. Jetzt muss ich einmal ehrlich sagen: Was war das hier für ein Geschrei in diesem Landtag – das konnte ich damals nur von außen beobachten –, wir hätten mit Tierschutz überhaupt nichts zu tun.

Jetzt muss ich Ihnen mal eines sagen: Wir sind in Deutschland das Land, das den Tierschutz wirklich nach vorne treibt. Wir sind die Treiber der Nutztierhaltungsstrategie. Wir haben eine Tierschutzbeauftragte. Wir haben das Gifttiergesetz ins Leben geru-

fen. Wir haben die Tiergesundheitsdatenbank errichtet und, und, und. Unsere Bilanz ist exzellent. Wir zeigen damit ganz genau, dass Tierwohl und Landwirtschaft Hand in Hand gehen. Ganz egal, ob es um Biolandwirtschaft oder um Ökolandwirtschaft geht – es geht tatsächlich um das Tierwohl.

(Beifall von der CDU)

Dann wurde hier das Thema „Nachhaltigkeit und Klimaanpassung“ angesprochen. Wir haben die Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet, was immer – das wissen Sie auch aus Ihrer Regierungszeit – ein großer Kraftakt ist, weil alle Ressorts mitgehen müssen. Wir haben es geschafft. Alle Ressorts sind mit an Bord. Ich denke, dass wir gute Leitplanken haben, um in Zukunft nachhaltiger zu wirtschaften, zu konsumieren und zu leben.

Ein Thema, das hier kritisiert wurde, ist die grüne Infrastruktur. Ich glaube, da haben wir den allerwenigsten Nachholbedarf. Nicht nur, dass wir jetzt aus dem Konjunkturprogramm noch mal in die grüne Infrastruktur investiert haben und 60 zusätzliche Maßnahmen in ganz Nordrhein-Westfalen umsetzen; nein, im Rahmen der Ruhrkonferenz stellen wir 8,5 Millionen Euro für grüne Infrastrukturprojekte im Ruhrgebiet bereit. Die Ruhrgebietsoberbürgermeisterinnen und -bürgermeister freuen sich darüber, dass sie damit Parks und sonstige Gartenanlagen etc. nach vorne bringen können.

Über die Ruhrkonferenz generieren wir 250 Millionen Euro auf zehn Jahre für grün-blaue Infrastruktur, um wirklich Klimaanpassungsmaßnahmen umzusetzen, dafür zu sorgen, dass das Klima in den Hitzeinseln deutlich besser wird. Denn in der Tat – Herr Rütze hat es gesagt –, wir sind mitten im Klimawandel angekommen. Abschließend werden wir das Klimaanpassungsgesetz verabschieden, natürlich nachdem wir es erst einmal hier beraten haben. Damit werden wir das erste Bundesland sein, das ein Klimaanpassungsgesetz hat – so wie der Bund auch die Anpassungsstrategie hat.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Unser größtes Sorgenkind ist im Moment der Wald.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Pscht!

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: 57 Millionen Euro investieren wir in den Wald, allein in die Extremwetterrichtlinie weit über 36 Millionen Euro. Wir haben das Antragsverfahren so vereinfacht, dass man jetzt auch einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn durchführen kann.

Zum Jahresende sind wir in der Tat etwas knapp dran. Aber wir sehen zu, dass wir bald auf die Verpflichtungsermächtigung gehen können, um den Waldbesitzern auch jetzt noch zu helfen, ihre Maßnahmen entsprechend umzusetzen. Wir brauchen dieses Geld. Hier danke ich noch einmal allen im Landtag, die uns unterstützen, mehr Geld auch für das nächste Jahr zur Verfügung zu stellen. Denn der Wald ist der größte Klimaschützer, den wir im Moment in Nordrhein-Westfalen haben. Und den müssen wir bewahren. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zu dem Teilbereich a) von Einzelplan 10 nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache angekommen sind.

Wir kommen zu:

b) Verbraucherschutz

Ich darf hierzu die Aussprache eröffnen und für die Fraktion der SPD der Frau Abgeordneten Blask das Wort geben.

Inge Blask (SPD): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hinter uns liegt auch aus der Perspektive des Verbraucherschutzes ein besonderes, man könnte sagen, ein besonders fürchterliches Jahr. Die Beratungskräfte in den Verbraucherzentralen mussten ihre Arbeit fundamental umstellen, um die Erreichbarkeit für Verbraucherinnen und Verbraucher während der Pandemie zu gewährleisten und dabei auch einem erhöhten Beratungsbedarf gerecht zu werden.

Denn eines ist klar: Die Coronapandemie ist eine Zeit der Verunsicherung. Wie verhalte ich mich richtig? Wo und wie kaufe ich ein? Wohin kann ich überhaupt noch in Urlaub fahren? Geht das überhaupt noch? Wie gehe ich nun mit meinen Verträgen um? Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstellen hatten es also – wie natürlich auch viele andere in unserer Gesellschaft – mit einer doppelten Belastung zu tun: komplett neue Bedingungen der Beratung, stark erhöhter Bedarf in vielen Feldern. Diese Herausforderungen haben sie angenommen und mit Bravour bestanden. Und sie haben den Menschen Sicherheit gegeben.

Sie haben Themen-Hotlines geschaltet, haben Videochats angeboten, haben Musterbriefe für Verbraucherinnen aufgesetzt, waren in den sozialen Medien

unterwegs und haben es so geschafft, den enormen Beratungsbedarf mit dem Minus an physischer Präsenz in Einklang zu bringen. Unser Dank und unsere große Anerkennung für diese Leistung!

Danken möchte ich an dieser Stelle auch der Ministerin, nämlich dafür, dass sie diese enorme Leistung auch anerkannt und in ihrem Haushaltsentwurf im Einzelplan 10 angemessen honoriert hat. Die Verbraucherberatung ist im Moment wichtiger denn je und muss neue Wege gehen. Dafür ist eine gute und solide finanzielle Basis notwendig und unabdingbar. Diese Basis ist mit der geplanten Aufstockung der institutionellen Förderung der Verbraucherzentrale von 16,5 Millionen auf 21 Millionen Euro gegeben. Das ist gut, das ist richtig, und das hat auch unsere volle Zustimmung, Frau Ministerin.

Nun gilt es, mit diesem Geld auch die richtigen Weichen zu stellen und negativen Trends entgegenzuwirken, die durch die Pandemie massiv verstärkt wurden. Über das Thema „Fluggastrechte und Entschädigungen“ werden wir uns gleich noch ausführlich unterhalten. Das möchte ich im Moment nicht weiter vertiefen.

Eine massive Lawine sehe ich allerdings im Bereich der privaten Verschuldung auf uns zurollen. Die Creditreform hat kürzlich ihren alljährlichen Schuldenatlas herausgegeben und in der Analyse von der „Ruhe vor dem Sturm“ gesprochen. Das Bild passt, meine Damen und Herren. Seit Beginn der Pandemie waren oder sind bis zu 7,3 Millionen Menschen in Kurzarbeit. Viele Menschen mit geringem Einkommen können ihrer selbstständigen oder teilberuflichen Tätigkeit nicht mehr nachgehen. Schätzungen zur Folge kämpfen derzeit 2 Millionen Freiberufler oder Soloselbstständige um ihre Existenz und stehen am Rande einer Überschuldung. Der Lockdown im November verschärft diese Problematik zusätzlich.

Wir müssen also davon ausgehen, dass sich die Überschuldungssituation im kommenden Jahr drastisch verschärfen wird. Auch mit einem Anstieg der Privatinsolvenzen ist zu rechnen. Auf diese Situation müssen wir uns vorbereiten, und wir müssen die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen vorbereiten. Das kann aber nicht nur mittels eines warmen Geldregens geschehen. Hier müssen wir politisch eingreifen, die komplizierte Situation der Schuldnerberatung vom Kopf auf die Füße stellen und auch präventiv tätig werden, bevor wir von der Lawine überrollt werden und nur noch reagieren können.

An dieser Stelle möchte ich nicht nur ein Lob für Sie aussprechen, Frau Ministerin, für die solide Finanzierung der Verbraucherzentrale, sondern auch dringend an Sie appellieren, die Situation der privaten Überschuldung und der Schuldnerberatung in den Blick zu nehmen und aufzugreifen. Die Vorlage dafür haben wir mit unserem Antrag zur Schuldnerberatung schon geliefert. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Blask. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Kollege Ritter das Wort.

Jochen Ritter^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Blask, Sie waren mir etwas zu flott fertig. Ich dachte, Sie würden den Augenblick Ihres Geburtstages am Pult etwas länger auskosten. Aber jetzt bin ich im Thema.

V wie „Verbraucherschutz“ steht am Ende der Bezeichnung unseres Ausschusses, bei der CDU aber ganz oben auf dem Zettel, und das nicht erst seit 2021. Frau Blask hat es soeben bereits – zumindest in Teilen – gewürdigt. In 2021 ist ein wesentliches Vorhaben der Abschluss einer neuen Vereinbarung mit der Verbraucherzentrale NRW. Der diesbezügliche Ansatz – auch das ist eben schon angeklungen – steigt um etwa ein Viertel und perspektivisch um weitere 15 %.

Wesentliches Motiv ist die Verstärkung der Arbeit der Verbraucherzentralen, das heißt, entweder mehrjährige Projekte zu stabilisieren oder ganz wegzukommen von der Projektfinanzierung hin zu einer institutionellen Förderung. Das betrifft beispielsweise die Energieberatung, aber auch die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung.

Wir wollen die Verbraucherzentralen wappnen für die Herausforderungen, die sich im bisherigen Verlauf der Pandemie ergeben haben und die sich auf Sicht – soweit man das abschätzen kann – ergeben werden. Welche das sind, darüber hat uns der Vorstand der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen Wolfgang Schuldzinski in der Sitzung des zuständigen Ausschusses am 30.09.2020 informiert. Nicht wenige Verbraucher wollen, müssen ihre finanziellen Spielräume vergrößern, und zwar unter anderem dadurch, dass sie mit Kosten verbundene Verträge mithilfe der Verbraucherzentralen auf den Prüfstand stellen.

Das passiert nicht erst in den Fällen, in denen ihnen das Geld sozusagen schon ausgeht, sondern in Anbetracht der Unsicherheit, die aufgekommen ist, auch schon prophylaktisch, wenn es noch nicht so weit ist.

Allerdings, Frau Blask, hat Herr Schuldzinski auf die Frage des Kollegen Dr. Untrieser hin auch darauf hingewiesen, er würde nicht von einer Welle an Insolvenzen reden – wenn ich das mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren darf –, sondern er meint, man möge da nicht überdramatisieren, aber selbstverständlich müsse man das weiterhin im Blick haben.

Die Aussicht auf einen Impfstoff vermittelt zwar ein wenig mehr Zuversicht, aber das wird den Bera-

tungsbedarf auf Sicht nicht erheblich senken. Er wird weiterhin erheblich über das bekannte Maß hinausgehen. Den wollen wir gedeckt wissen, und das auch niederschwellig. Niederschwellig – damit meine ich, dass allein mit telefonischen oder mit digitalen Angeboten nicht alle erreicht werden, die vor Schwierigkeiten stehen. Das Netz von gut 60 Beratungsstellen hat insofern mehr denn je seine Berechtigung. Die Finanzierung dieser flächigen Gewährleistung des Verbraucherschutzes begünstigen wir mit dem erhöhten Ansatz im Haushalt.

Das Digitale sorgt für weiteren Informations- und Beratungsbedarf. Dazu gehört nicht zuletzt auch die Datensouveränität, die Gegenstand des digitalen Verbraucherschutzkongresses am vergangenen Montag war. Dazu gehören aber auch grundlegende Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn sich weite Teile des Lebens, die bisher analog gelaufen sind, in den virtuellen Raum verlagern.

Wir wollen die Beratungsstellen dabei stärken, den Verbrauchern sowohl im analogen wie im digitalen Bereich mehr Sicherheit zu vermitteln und sich angemessen mit ihren Dienstleistern auseinandersetzen zu können.

So funktionieren Verbraucherzentralen. Sie sind die wesentlichen, aber auch nicht die einzige Stellen, die für Verbraucherschutz wirken.

Ich will aus aktuellem Anlass kurz auf die fünf Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter zu sprechen kommen. Diese müssen sich in Anbetracht der nähernden Schweinepest wappnen.

Last but not least stärken wir auch das LANUV, das ja auch das V wie „Verbraucherschutz“ im Namen führt und sich in diesem Zusammenhang beispielsweise auch für Lebensmittelsicherheit verantwortlich zeichnet.

Wir sehen die aktuellen Herausforderungen. Wir haben Sie mit den Akteuren ausführlich diskutiert und die zur Bewältigung erforderlichen Mittel etatisiert. Wir würden uns freuen, wenn Sie diesen Haushalt im Entwurf mittragen würden. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ritter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Herr Kollege Rüsse das Wort.

Norwich Rüsse^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kollegin und Kollegen! Ich habe am Montag „Bauer sucht Frau“ geguckt.

(Heiterkeit – Stephan Haupt [FDP]: Sind Sie auf der Suche?)

– Ich wusste, wenn ich diesen Einstieg wähle, würde ich ein bisschen Stimmung erzeugen.

Das Spannende an dieser Sendung war weniger die Sendung als solches, sondern es waren vielmehr die Unterbrechungen, die Werbepausen dazwischen.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Was?)

Da warb eine Firma, die wir eigentlich ansonsten alle wegen der Herstellung von Fischstäbchen kennen, für ihre neue Produktlinie „Green Cuisine“. Auf der Internetseite sieht man, was da alles so angeboten wird: etwa Hackbällchen und Lasagne. Das Interessante ist, dass das aber alles vegane, mindestens vegetarische Produkte sind.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen die Sendung „Bauer sucht Frau“ auch einmal gesehen hat.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich bin kein Bauer!)

Dann habe ich mir all die Bauern, die dort sich beworben haben, vor Augen geführt. Da ist der Lutz aus Sachsen-Anhalt, der eine Mutterkuhherde hat. Dann gab es einen Milchviehalter Simon aus Niedersachsen, da gibt es einen Schweinebauern. Mir ist aufgefallen, dass bei all den Produkten, die dort zwischen diesen Sendeblocken beworben werden, der Einzige, der da noch was zu liefern hat, der Kartoffelbauer Peter ist.

(Heiterkeit von Regina Kopp-Herr [SPD])

Was ich damit sagen will: Wir stehen in der Landwirtschaft vor tiefgreifenden Umbrüchen.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ja!)

Das müssen wir wahrnehmen und akzeptieren. Und wir müssen auch akzeptieren, dass das nicht vegane Spinnerei ist, wenn solche großen Lebensmittelhersteller in diesen Markt reindrängen und das nutzen.

(Markus Diekhoff [FDP]: Kann ja auch scheitern! – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Was dort zum Ausdruck kommt, ist tiefes Misstrauen der Verbraucherschaft gegenüber Teilen der Tierhaltung, wie sie betrieben wird, aber noch viel mehr gegenüber der Schlachtindustrie, der Fleischindustrie, die dahintersteht.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Es gibt viele Verbraucherinnen und Verbraucher, die diese Produkte nicht mehr essen wollen. Da sind wir dann auch beim Thema „Verbraucherschutz“. Die erwarten von uns als Staat, dass wir mit unseren Behörden dafür sorgen, dass diese Produkte einwandfrei sind, dass man sie mit gutem Gewissen – wenn man sich wegen der Ernährung entscheidet, zu akzeptieren, dass Tiere getötet werden – kaufen kann.

Wir haben erlebt, dass das im Moment nicht der Fall ist. Gestern gab es hier ja einen emotionalen Ausbruch von Karl-Josef Laumann. Das ist genau der Punkt: Kriegen wir es hin, diese Fleischbranche so umzukrempeln? Die ist uns doch völlig entglitten.

Da habe ich mich im Rückblick schon gefragt: Wo hat eigentlich diese Landesregierung Karl-Josef Laumann, den Arbeitsminister, unterstützt? Der war doch ganz allein. Den haben Sie ganz alleine rudern lassen. Bei der Schiefelage, die wir da hatten, hätte sich eigentlich der Ministerpräsident persönlich einschalten und sagen müssen: Jawohl, Herr Laumann, richtig, mein Arbeitsminister setzt das durch und ich unterstütze das als Ministerpräsident.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch von Ihnen – den Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen, Frau Heinen-Esser – hätte ich mir da ein bisschen mehr gewünscht.

Folgendes würde ich mir wünschen. Wir brauchen – ich habe das eben angesprochen – einen Pakt für die Landwirtschaft zusammen mit der Gesellschaft, einen Pakt für Ernährung. Ich finde es gut, dass Sie die drei Modellregionen Ökolandbau ins Leben rufen. Das will ich loben. Das finde ich ausdrücklich gut. Aber müssen wir nicht langsam aus der Phase der Modellprojekte raus? Es wäre doch an der Zeit gewesen – wir haben es mit dem 100-Kantinen-Programm begonnen –, zu sagen: Wir gehen jetzt in ein 1.000-Kantinen-Programm. Wir versuchen die Kantinen in diesem Land zu erreichen. Wir versuchen über unsere Kantinen, einen Nachfragesog für regionale Produkte zu erzeugen. – Das wäre ein guter Schritt gewesen. Aber so etwas machen Sie nicht. Da springen Sie einfach nicht.

Für den Aspekt „Tierschutzbeauftragte/Tierschutzbeauftragter“ haben Sie sich sehr gelobt. Wir begrüßen ja, dass die Stelle kommt. Das ist sehr gut. Aber Sie unterfüttern das nicht. Diese Stelle hat keine Sachmittel. Wir sind gespannt, was da an Öffentlichkeitsarbeit kommt. Wie unabhängig kann die Person arbeiten? Werden wir sie am Ende wirklich wahrnehmen? Oder aber ist das nicht Ihr Problem als CDU, dass Sie mit Unabhängigkeit im Ministerium nicht klarkommen? Aus diesen Gründen musste ja die Stabsstelle „Umweltkriminalität“ verschwinden.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Ich habe aus unserer Sicht jetzt viele Schattenseiten des Haushalts beschrieben, will aber die paar Lichtblicke, die auch da sind, nicht kleinreden. Natürlich begrüßen wir als Grüne ausdrücklich, dass Sie für den Verbraucherschutz erheblich draufsatteln. Ich meine, wir sind uns alle miteinander einig, dass es gut und richtig und gerade in diesen Zeiten auch wichtig ist, hier Geld zu investieren. Das ist gut angelegtes Geld, wir unterstützen das ausdrücklich.

Insgesamt ist das für uns aber zu wenig. Ich meine, dass der Haushalt nicht die richtige Prägung hat. Herr Diekhoff hat eben gesagt,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

dass man die Biologischen Stationen gefördert habe. – Im letzten Entwurf von Herrn Rimmel aus dem Jahr 2017 standen 9,5 Millionen Euro für die Bio-Stationen, bei Ihnen sind es 9,3 Millionen Euro.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Da kann man im Vergleich zur Landwirtschaftskammer nicht gerade von einer guten Entwicklung sprechen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rüsse. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Kollege Haupt das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Stephan Haupt (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegin Blask, von meiner Seite alles Gute zu Ihrem heutigen Jahrestag. Dem Kollegen Rüsse wünsche ich weiterhin viel Erfolg bei seiner Partnerinnensuche.

(Beifall von der FDP)

Es ist gerade schon angesprochen worden: In der Zeit der Pandemie zeigt sich, dass die Verbraucherseite starke Fürsprecher braucht, denn trotz wegbrechender Umsätze bzw. dem Wegfall ganzer Geschäftsfelder darf der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht vernachlässigt werden.

Wir sehen das auch an der verstärkten Inanspruchnahme der Verbraucherschutzangebote: Die Flugärger-App wurde zum Beispiel bereits über 70.000 mal heruntergeladen. Es gibt eine immense Nachfrage nach den neuen Telefon- und Chat-Angeboten der Verbraucherzentrale sowie weiterhin auch nach den klassischen persönlichen Beratungsterminen.

Die Nachfrage der Verbraucher nach Hilfe und Beratung ist so groß wie nie. Dies zeigt, dass die erfolgreiche Arbeit der Verbraucherzentrale wichtig und für die Menschen in NRW auch unerlässlich ist. Es ist schon angedeutet worden, dass sie von uns, unserem Ministerium und der Ministerin, nicht nur mit Geld hinterlegt, sondern auch entsprechend wertgeschätzt wird.

Deswegen gehen wir den Weg der Stärkung der Verbraucherzentrale auch konsequent weiter. Das zeigt sich im Einzelplan 10 des Haushaltsplans, in dem wir die Mittel von 16,5 Millionen um 4,6 Millionen auf nunmehr 21 Millionen Euro für das Jahr 2021 erhöhen. Es hat mich wirklich gefreut, Herr Rüsse, dass

Sie im Ausschuss dazu nur positive Worte gefunden haben und das anerkennen.

Wir versetzen die Verbraucherzentrale damit nämlich in die Lage, ihr Beratungsangebot kontinuierlich und verlässlich auszubauen und Projekte in Bezug auf Digitalisierung, Finanzkonzepte und den bewussten Umgang mit Lebensmitteln weiter umzusetzen.

Die Digitalisierung haben wir natürlich unverändert weiter im Blick. Sie bietet dem Verbraucherschutz einerseits sehr große Chancen: eine neue 7 Tage/24 Stunden erreichbare Verbraucherzentrale, neue Zugangswege wie Chatberatungen, Videoberatungen, Onlineseminare, Onlineterminbuchungen, Hilfe- und Beratungs-Apps usw. So können wir mehr Verbraucher erreichen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen; wir erreichen aber auch eine andere, eine jüngere Generation.

Andererseits verändert die Digitalisierung den Verbraucheralltag massiv – und das in einer enormen Geschwindigkeit.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Angebote für Verbraucher, die noch vor wenigen Jahren undenkbar waren, sind heute längst Alltag: das Ausleihen eines Fahrrads mittels einer App, das Bezahlen per Smartphone, die Buchung des Jahresurlaubs per Handy abends auf dem Sofa, der Online-Abschluss eines Kredits mit wenigen Klicks; selbst größere Anschaffungen wie die eines Autos kann man heute zu jeder Tages- und Nachtzeit tätigen, ohne die Wohnung verlassen zu müssen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wie selbstverständlich suchen wir Hilfe und verwenden die sogenannten Vergleichsportale, ohne wirklich zu wissen, was wir warum empfohlen bekommen, welcher Algorithmus angewandt wird, welche Daten von mir benutzt werden und wie diese bewertet werden. Seien wir ehrlich: Wer liest denn schon beim Online-Einkauf oder beim Installieren einer neuen App die AGBs? Man möchte den Vorteil der Digitalisierung nutzen und hofft einfach, dass nichts passiert. Dem müssen wir uns stellen und insbesondere durch Prävention und Aufklärung stärker für diese Gefahren sensibilisieren.

(Beifall von der FDP)

Denn nur wer Risiken und Gefahren kennt, kann auch frei und kompetent am Markt entscheiden.

Die Notwendigkeit eines starken Verbraucherschutzes ist so wichtig wie nie zuvor. Diesen müssen wir für eine breitere Bevölkerungsschicht sicherstellen. Wir brauchen daher einen Mix aus Beratungs- und Aufklärungsangeboten, aus neuen digitalen und bewährten klassischen Beratungsformaten. Die Schaffung neuer und der Ausbau bestehender Beratungsstellen läuft daher trotz der Coronakrise weiter. Durch die neue aufsuchende Verbraucheraufklärung in

sozial schwächeren Gebieten unseres Landes erreichen wir auch jene, welche wir weder mit digitalen noch mit klassischen Beratungsinstrumenten erreichen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Auch diese Menschen haben aber ein Recht auf Hilfe bei Verbraucherproblemen.

Wir sind in NRW auf einem guten Wege, Gutes und Bewährtes mit Neuem zu verknüpfen, um den Verbrauchern bei ihren vielfältigen Anliegen und Herausforderungen weiterhin ein verlässlicher Partner zu sein. Wir können zu Recht stolz darauf sein,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

in Nordrhein-Westfalen eines der weitreichendsten und bestfinanzierten Angebote des Verbraucherschutzes aller Bundesländer zu haben. Das wird mit diesem Haushalt untermauert. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Haupt. – Für die Fraktion der AfD hat nun Herr Abgeordneter Dr. Blex das Wort.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD glaubt an den mündigen Verbraucher. Wir wollen den Verbraucher in die Lage versetzen, eine informierte und vor allem eigenverantwortliche Kaufentscheidung treffen zu können.

Im Informationsgefälle braucht der Verbraucher die Übersicht über das Warenangebot. Der Staat hat darüber hinaus die Aufgabe, den Verbraucher vor betrügerischen Praktiken und unlauterem Wettbewerb zu schützen.

Doch es wäre zu kurz gesprungen, die Gefahren für den Verbraucher lediglich bei den Anbietern von Waren und Dienstleistungen zu sehen. Der vermeintliche Schutzpatron selbst ist dank Ihnen eine Gefahr für den Verbraucher. Immer mehr bevormunden Sie alle in der Laschet-Koalition – insbesondere die exliberale und nun magentafarbene FDP – die Verbraucher bei ihrem Konsumverhalten. Die Linksrünen möchten uns aus ideologischen Gründen den Fleischgenuss verderben, aber ausgerechnet die angeblich bürgerliche Laschet-Regierung will die Fleischsteuer. Der Verbraucher soll abkassiert werden. Wer hätte das gedacht? Die Laschet-Merkel-CDU ist eine Steuererhöhungspartei; eine Partei, die Lebensmittelpreise von Grundnahrungsmitteln erhöhen möchte.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch Quatsch!)

Zahlreiche Studien über das deutsche Konsumverhalten belegen, dass sich die Befragten angeblich

mehr Tierschutz wünschen, sich aber im Supermarkt jedes Mal für das günstigste Fleischprodukt entscheiden. Bei keinem anderen Lebensmittel wird eine größere Diskrepanz zwischen politisch korrekter Kaufabsicht und tatsächlichem Kaufverhalten beobachtet. Im Supermarkt wird an der Kasse abgestimmt, dort ist jeden Tag Wahltag, und der Einkaufsbeleg ist der abgegebene Stimmzettel. Das kann man gerne als praktische Demokratie bezeichnen.

Wenn der Verbraucher frei wählen darf, entscheidet er sich eben anders, als Sie und Ihre grüne Ökobourgeoisie sich das wünschen. Offensichtlich hat das Volk das Vertrauen der Regierung und ihrer Ökoideologen verscherzt – deswegen also der Zwang.

Als Nächstes gibt es dann das Zwangsklimafrühstück für alle, natürlich ohne Butter, da viel zu klimaschädlich. Als ob es das Klima jucken würde, wenn Sie die Deutschen dazu zwingen, demnächst Margarine zu essen.

Mit einer Zuckersteuer wird dann auch der rheinische Landwirt um seine Existenz bangen müssen, weil die Süßwarenhersteller am Rhein dann eben nur noch auf brasilianischen Rohrzucker setzen, um nicht vom Lebensmitteleinzelhandel ausgelistet zu werden.

Unseren Antrag, Tierschutz nicht für die Staatskasse zu machen, haben Sie alle abgelehnt. Nicht nur haben wir schonungslos offengelegt, wieso die Fleischsteuer widersinnig ist; wir haben auch vor einer ähnlichen Verteuerung wie bei der EEG-Zwangsumlage gewarnt:

Es beginnt mit einem eher kleinen Betrag – Sie wissen ja noch: die Eiskugel – und gerät danach ganz bewusst und voller Absicht außer Kontrolle. Doch was den Wert einer Ware ausmacht, haben in der Marktwirtschaft – es ist traurig, dass ich das der FDP erklären muss – nicht die Politiker zu entscheiden.

Indessen kollabiert der Schweinepreis wegen Ihrer Zwangstilllegung der Schlachthöfe und der ASP-Gefahr. Das Geld aus der Tasche der Verbraucher zu ziehen, ist das eine, den Wert Ihres Eigentums bewusst zu zerstören, jedoch das andere.

Ihre Coronakrise hat auch im Straßenverkehr offenbart, was wir schon lange ahnten: Der Coroneffekt im Hinblick auf das Verkehrsaufkommen spiegelt sich nicht in der Darstellung der NO₂-Messwerte wider.

Der Diesel trägt nicht in dem Maße zur Stickstoffemission bei, wie es von amtlichen und nichtamtlichen Umweltschützern vermutet wird. Völlig grundlos und absichtlich wurde der Wert der Autohalter zerstört. Unseren Antrag, den Diesel zu rehabilitieren, haben Sie alle abgelehnt.

Es ist schon bemerkenswert, wenn eine Messstelle steigende NO₂-Werte innerhalb weniger Tage seit Beginn des Lockdowns verzeichnet. Wir hatten es im

Ausschuss: Die Erklärungen vonseiten des Umweltministeriums waren fachlich falsch. Was die Statistik angeht, hat der Biologe doch ein bisschen Nachholbedarf.

(André Stinka [SPD]: Sie müssen in anderen Ausschüssen gewesen sein!)

– Sie waren in der Sitzung, Herr Stinka. Sie haben es wahrscheinlich nicht verstanden.

(André Stinka [SPD]: Ja, aber Sie haben nichts verstanden!)

Sie gestehen mir zu, dass ich als Mathematiker durchaus eine Statistik interpretieren kann.

(André Stinka [SPD]: Mathematiker haben keine Ahnung davon!)

– Danke schön, dass Sie meinen, dass Mathematiker keine Ahnung haben. Es ist manchmal so, wenn man Sachen nicht versteht – ich habe das in der Schule gelernt als Lehrer –: Kinder, die manche Sachen nicht verstanden haben, haben dann rumgepöbelt, Herr Stinka.

(André Stinka [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Selbstkritik ist bei einer Faktenlage gegen die eigene Wertvorstellung – auch bei Ihnen – bei der Laschet-regierung Fehlanzeige.

Natürlich hat Corona auch zu einer steigenden Privatverschuldung geführt; wir kennen die Zahlen. Dazu muss man aber auch sagen: Die Zahl der Schuldner hätte man dadurch verringern können, dass das Seuchenkabinett nicht die Wirtschaft wegen einer Mikrobe abgewürgt hätte, deren Gefährdungsniveau ähnlich einer Grippe ist.

Ihre Politik der Bevormundung des Verbrauchers lehnen wir als liberale Partei ab.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin Frau Heinen-Esser das Wort.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es tut schon echt weh, Ihnen zuhören zu müssen. Es überfordert mich fast zweimal hintereinander.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

– Ja, Sie auch.

Ich gebe das ganz offen zu. Sie werfen mit Anschuldigungen und Unterstellungen um sich. Das ist wirklich kaum zu ertragen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Man kann andere Positionen haben, beispielsweise zu Corona; das ist keine Frage. Aber dass Sie behaupten, Corona sei eine ungefährliche Krankheit, ist eine Unverschämtheit.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

400 Menschen sterben im Moment in Deutschland an Corona. 400 Menschen.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Hören Sie doch zu! Das habe ich so nicht gesagt!)

Das können Sie nicht mit einer Grippe vergleichen. Was Sie hier machen, ist unverschämt und kaum zu ertragen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Dr. Christian Blex [AfD]: Das habe ich so nicht gesagt!)

Sie haben eben das Beispiel mit dem Lehrer und dem Schüler gebracht. Ich habe noch nie einen Lehrer erlebt, der so einen Blödsinn erzählt hat.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ich muss wiederholen, was ich gestern gesagt habe: Man muss Kindern, die es nicht verstehen, manche Sachen mehrfach erklären, und das machen wir auch gern bei Ihnen, aber erst wieder im Ausschuss und nicht hier.

Jetzt möchte ich noch ein paar Worte zum Haushalt verlieren. Herr Rüße, Stichwort: Verbraucher und Landwirtschaft. Wir beobachten alle, dass die Verbraucher und die Landwirtschaft im Moment ein etwas schwieriges Verhältnis zueinander haben, um es einmal so auszudrücken.

Unser Ziel ist es aber, beide Seiten zusammenzubekommen und – Stichwort: Biodiversität – das Thema in der Landwirtschaft wesentlich stärker zu verankern. Es ist aber kein leichter Weg.

Wenn Sie kritisieren, dass wir der Landwirtschaftskammer mehr Geld geben, muss ich sagen: Das machen wir beispielsweise, damit wir die Biodiversitätsberatung in der Landwirtschaftskammer ausweiten können, denn sie ist wichtig, um den Landwirten zu erläutern, was sie machen können, damit ihre Felder anders angelegt sind, damit sie Blühstreifen haben, damit sie wissen, wie sie Agrarumweltmaßnahmen machen können.

Ich bin heilfroh, dass wir die Biodiversitätsberatung jetzt – ich hoffe, Sie stimmen dem Haushalt zu – ausweiten, verstetigen und dafür sorgen können, dass die Landwirte in der Landwirtschaftskammer bei ihren Topberatern wirklich gut nachfragen können. Da hört man dann auch richtig zu und macht es.

Deshalb ist ein Tool, das uns wichtig ist; deshalb bauen wir es aus. Wir wollen Landwirtschaft, Verbraucher und Naturschutz nicht gegeneinander

laufen lassen, sondern sie zusammenbringen. Es ist wirklich das Ziel meiner Amtszeit, Landwirtschaft und Umwelt zusammenzubringen. Ich bin auch zuversichtlich, dass es uns gelingt.

Wenn Sie das eine aber so kritisieren und damit auch wieder einen Spalt zwischen beide treiben, kommen wir keinen Millimeter weiter, weil dann die Ideologien wieder gegeneinanderstehen. Dann haben wir Landschaftsverbindungen, dann haben wir auf der anderen Seite Extreme. So kommen wir nicht weiter.

Wir kommen nur weiter, wenn wir den Weg gemeinsam gehen. Dafür stehe ich, und dafür steht im Übrigen der Haushalt, insbesondere der Teil, der die Landwirtschaftskammer und deren Beratungsleistungen betrifft. So viel dazu.

Zum Thema „Verbraucher“. Noch mal Dank an die Kollegen von FDP und CDU, aber auch Dank an alle, die hier positiv erwähnt haben, dass wir, wenn der Haushalt verabschiedet ist, die neue fünfjährige Vereinbarung mit der Verbraucherzentrale abschließen können.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

Es ist für uns ein wichtiges Thema – auch hier ist Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren wirklich Vorreiter in ganz Deutschland –, eine wirklich konsequente Finanzierung der Verbraucherzentrale zu haben, damit deren Gelder nicht Jahr für Jahr neu verhandelt werden müssen, und wenn es im Haushalt mal nicht gut aussieht, fällt die Verbraucherzentrale hinten runter.

Bei uns wird sie kontinuierlich für fünf Jahre finanziert und tatsächlich mit 4,5 Millionen Euro besser ausgestattet. Stefan Haupt hat eben erläutert, wofür dieses Geld verwendet wird.

Wir vereinbaren einen anderen Vertrag als zu rot-grüner Regierungszeit. Wir wollen der Verbraucherzentrale mehr Freiheit geben, selbst zu entscheiden, wo ihre Schwerpunkte liegen, damit sie im Rahmen dieser fünf Jahre auch auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren kann und nicht durch einen Vertrag mit der Landesregierung gebunden ist, der verhindern würde, dass sie auch neue Themen – Stichwort: Digitalisierung – aufgreifen kann.

Wir haben noch eine ganze Menge mehr gemacht. Noch ein Wort zur Flugärger-App: Andere Bundesländer beteiligen sich jetzt finanziell an der App. Das ist ein Riesenfortschritt, sodass wir sie ausweiten können. Ich glaube, dass wir einen guten Punkt für die Verbraucherpolitik gesetzt haben. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen, insgesamt sind es fünf.

Wir stimmen erstens über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11936 ab. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/11936 abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11937 ab. Wer stimmt hier zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/11937 abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11938 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/11938 ebenso abgelehnt**.

Wir stimmen viertens ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11939. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/11939 abgelehnt**.

Wir stimmen fünftens über den Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/11910, den Einzelplan 10 unverändert anzunehmen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 10 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 10 in zweiter Lesung** mit dem eben festgestellten Ergebnis **angenommen**.

(Beifall von Christof Rasche [FDP] und von Markus Diekhoff [FDP])

Ich rufe auf:

Einzelplan 06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses hin; er liegt in Drucksache 17/11906 vor. Wir kommen zunächst zum Teilbereich